

Frankreich und die Riots 2005

27. Oktober

Jugendliche, die vom Fußballspielen kommen, werden von der Polizei kontrolliert. Einige von ihnen flüchten, da sie keine Ausweispapiere dabei haben. Eine Personalienfeststellung kann, so weiß mensch aus Erfahrung, bis zu vier Stunden in Polizeigewahrsam bedeuten.

Drei Jugendliche flüchten sich in ein Trafohäuschen. Zwei von ihnen werden durch die Stromschläge getötet, einer kann sich schwer verletzt nach Hause schleppen. Gerüchte um den Tod der beiden und die Umstände machen die erste Runde und führen zu ersten Riots, wenn auch begrenzt auf den Stadtteil der beiden Toten.

Die anfänglich breit gestreute Version es hätte sich bei den Toten um Einbrecher oder um Diebe gehandelt, wird vom Generalstaatsanwalt wieder zurückgezogen. Keiner der beiden Jugendlichen war jemals vorher auffällig geworden, die Version der Polizei erwies sich als nicht haltbar.

Weitere Riots folgten, und breiteten sich auf andere Banlieues aus. Am 31. Oktober kam es gegen Abend zu einer erneuten Konfrontation zwischen Riotern und Bullen.

Gegen 20.30 explodierte eine Tränengasbombe in einer Moschee, die ziemlich wahrscheinlich von der Polizei abgefeuert wurde, auch wenn sie dies immer mal wieder dementierte.

Die Riots griffen auf andere Städte über. In den Nächten vom 5 - 8 November kam es zu zum Teil weit mehr als 300 Festnahmen pro Nacht.

Am 8. November wurde ein Notstandsgesetz aus den sechziger Jahren reaktiviert und der Ausnahmezustand verkündet.

Dieses Gesetz wurde am 3. April 1955 beschlossen um Unruhen wegen des Algerienkrieges (1954 -1962) zu bekämpfen. Bestandteile sind Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss, Versammlungsverbot, Ausgangsverbot, Möglichkeit der Auflösung von Partys, Schließung von Bars und Theatern und Einschränkung der Pressefreiheit.

Bisher hat die Regierung von diesem weitreichenden Repressionsarsenal allerdings nur die Möglichkeit der Ausgangssperren genutzt. In fünf der 26 französischen Départements, in denen Unruhen stattgefunden hatten, wurden teils für Minderjährige, teils für alle Bewohner Ausgehverbote ab einer bestimmten Uhrzeit verhängt

Am 15. November wurde der Ausnahmezustand um 3 Monate verlängert

Viele Menschen wurden und werden in einem Schnellverfahren abgeurteilt. Diese Schnellverfahren sind höchst fragwürdig, da für den Angeklagten keine angemessene Zeit zur Prozessvorbereitung zur Verfügung steht.

In den Schnellverfahren um die Riots herum treten lediglich Polizeizeugen auf, Protokolle über Benzingeruch an den Fingern bei Festnahme scheinen zum Teil auszureichen um nach 15 Minuten ein Urteil zu fällen.

Bei derartigen Prozessbedingungen sind die Angeklagten völlig der momentan herrschenden Stimmung ausgeliefert.

Ergebnis sind Verurteilungen die ausschließlich auf Polizeizeugen basieren, keine angemessene Verteidigung

zulassen, und was noch dazu kommt, auf politischen Vorgaben basieren. Justizminister Clement erklärte, dass er die Staatsanwaltschaften angewiesen habe, im Zusammenhang mit den Riots systematisch Haftstrafen ohne Bewährung zu verlangen. In vier von fünf Verfahren werden Haftstrafen verhängt.

Vom Anfang der Riots bis zum 17. November wurden 329 Erwachsene vor ein Schnellgericht gestellt, 281 Minderjährige vor ein Jugendgericht. 271 Erwachsene und 56 Minderjährige wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Laut der Presse vom 25. Oktober gab es im Rahmen der Unruhen bisher 4750 Festnahmen. 3.200 seien auf frischer Tat ertappt und festgenommen worden, die übrigen 1.540 "im Zuge der Ermittlungen."

Die Regierung und besonders der Innenminister Sarkozy reagieren ausschließlich mit Diffamierungen und Repression auf die Jugendlichen, die Nacht für Nacht auf die Strasse gehen. Die Gründe für die Riots und die Eskalationsstrategien und Übergriffe seitens der Polizei können so größtenteils in dem Gehetze gegen das z.B. von Sarkozy in einer Talkshow am 10.11.05 so bezeichnete Pack und "Gesindel" untergehen.

Und Sarkozy hetzte immer weiter gegen die Rioter. Er verkündete, Menschen, die keine französische Staatsbürgerschaft besitzen und im Rahmen der Riots festgenommen wurden, abschieben zu wollen.

Dies solle auch jene betreffen, die eine Aufenthaltserlaubnis besitzen. Sarkozy hatte 2003 noch verkündet, die so genannte Doppelstrafe abschaffen zu wollen. Es sei nicht gerecht, jemanden erst zu bestrafen und dann abzuschicken. Das käme einer Doppelbestrafung gleich. Nun verlautete das Ministerium, dass es sich nicht um ein Rückkehr der Doppelbestrafung handle weil: Es solle möglich sein, Menschen ohne französische Staatsbürgerschaft auch ohne eine Verurteilung abzuschicken.

Praxis während der Riots war es, laut Zeugenberichten, erst festzunehmen und dann in Polizeihaft zu sortieren wem man denn nun was nachweisen könne.

Das bedeutet aber nun für nichtfranzösische Menschen, die im Rahmen der Riots festgenommen wurden, eine eklatante Verschärfung ihrer Situation, da sie nicht einmal eine Straftat nachgewiesen bekommen müssen um abgeschoben zu werden. Am 16. November leitete Sarkozy die ersten zehn Abschiebungen ein.

Weiterhin verkündete Sarkozy einen Gesetzentwurf vorzubereiten, mit dem es möglich ist Familien, deren minderjährige Kinder wegen Randalen festgenommen wurden, die Sozialhilfe zu streichen. Schon 2002 wurde ein Gesetz verabschiedet, welches Familien das Kindergeld entzieht wenn ihr Kind in einer der geschlossenen Anstalten / Erziehungsheim landet um "Eltern in die Pflicht zu nehmen".

Betraff es damals aber "nur" das Kindergeld des betroffenen Kindes, soll jetzt einer ganzen Familie das Geld entzogen werden.

Laut der jungle world wurde dies gegen Mitte November 2005 zum ersten Mal gemacht: "Der Bürgermeister der Pariser Vorstadt Draveil, Georges Tron, strich allen Familien, deren Kinder infolge der Unruhen verurteilt wurden, die kommunalen Sozialleistungen. Sie verlieren damit etwa die Beihilfe zur Stromrechnung, und ihre Kinder - auch die Brüder und Schwestern der Verurteilten - erhalten keine Zuzahlung zur Schulkantine mehr"

Streichung der Mittel für Stadtprojekte in den letzten 10 Jahren um 30%, keinerlei Investition in die Banlieues, dadurch ein stetiges "Verwahrlosen" dieser Wohngebiete und die

Dezentralisierung des Schulsystems (Kommunen waren fortan selbst für die Finanzierung der Schulen verantwortlich) führten zu einer stetigen Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Banlieues. Seine Wohnadresse in den Banlieues zu haben, kann bedeuten, gar nicht erst zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden.

Da sich die Politikerinnen bewusst darüber waren, dass diese Politik zu Unruhen führen wird, wurde mit einer polizeilichen Krisenverwaltung reagiert.

Bekämpft wurden in den Maßnahmen und Verschärfungen niemals die beschissenen Lebensbedingungen, sondern immer die Menschen, die in diesen leben mussten und müssen.

Das Justizgesetz von 2002 griff immer weiter in das Privatleben der Menschen ein, mit immer krasserem Sanktionen. "Aggressives Betteln" zum Beispiel mit Hunden oder zu mehreren kann seit 2002 mit Gefängnis ohne Bewährung bestraft werden.

Nachbarschaftsgerichte wurden eingeführt. Diese werden in Arbeiterinnenvierteln und sozialen Brennpunkten gegen Jugendliche eingesetzt. Mitmachen darf, wer 8 Semester Jura studiert hat und zwischen 30 und 75 Jahre alt ist. Erfahrungen mit den speziellen Problemen oder im Umgang mit Jugendlichen sind nicht nötig.

Jugendliche können seit 2002 schon mit 13 Jahren in Untersuchungshaft genommen werden oder in Erziehungsheimen interniert werden, wenn sie als Wiederholungstäter gelten. Jugendliche die ihre Lehrer beleidigen, können mit bis zu einem Jahr Gefängnis oder einer Geldstrafe von 7500 Euro bestraft werden. Lehrerbeleidigung ist somit gleichgesetzt zu Polizistenbeleidigung.

Die Riots sind auch Konsequenz aus genau diesen Lebensumständen und der ständigen Repression und Missachtung den BewohnerInnen aus den Banlieues. Verwaltung und Sanktionierung von Armut und die Betrachtung sozialer Probleme als ein sicherheitspolitisches Problem scheinen immer mehr und konsequenter die Politik Frankreichs zu bestimmen.

Der Rassismus war eine weitere nicht zu unterschätzende widerliche Komponente in der systematischen Diffamierung der Riots, in Frankreich aber auch im europäischen Ausland.

Gesehen wurden z.B. eine angebliche Stadtguerilla der Al Qaida, es wurde über das Ausbrechen einer Intifada spekuliert, die europäische Presse war tagelang erfüllt von der Angst, es könnte sich gar ein Flächenbrand daraus entwickeln. Die Heftigkeit der staatlichen Reaktionen konnte nur mit so großem gesellschaftlichem Einverständnis vollzogen werden, weil die Menschen in den Banlieues konsequent beschimpft und abgewertet wurden und werden.

Immer wieder war von Einwandererfamilien mit islamischem Hintergrund die Rede. Völlig unerwähnt blieb dabei, dass z.B. im Raum Lille die meisten Menschen, die dort vor den Schnellrichtern standen, der verarmten "weißen Unterschicht" angehören. Ebenso häufig waren ein christlicher oder auch nichtreligiöser Hintergrund vorhanden. Mit der Interpretation von religiösem Kulturkampf geht es nur wieder um eine stete Wiederholung des seit dem 11. September so beliebt gewordenen Bild des bösen Islamisten, der die westliche Welt überall, und vor allem fundamental, bedrohen soll.

Die Jugendlichen gingen aufgrund ihrer beschissenen Lebensbedingungen und gegen die ständige Drangsalierung durch die Polizei auf die Strasse. Angegriffen wurden in erster Linie, neben den Autos, Symbole des Staates wie Schulen,

Polizeistationen und Ämter. Es soll nicht darum gehen, im Nachhinein einer emotionalen Wut eine politische Komponente zugeben, aber genauso absurd ist es, dahinter den Islam oder einen Kulturkrieg zu vermuten. Im Gegenteil, viele Imame haben sich gegen die Riots ausgesprochen.

Als es etwas ruhiger wurde, erhielt die rassistische Interpretation der Riots einen kleinen Höhepunkt.

Arbeitsminister Gérard Larcher bezeichnete die Polygamie bei Einwanderfamilien als Ursache für die Riots. Durch die Möglichkeit der Familienzusammenführung und der dadurch begünstigten "Vielweiberei" würden Wohnprobleme geschaffen. Die Presse machte bei dieser Debatte fröhlich mit und meinte, eine moralische Unsicherheit bei Kindern aus polygamen Familien feststellen zu können, eine Wissenschaftlerin der französischen Akademie wurde zitiert, die meinte, es würden Zustände wie in einem afrikanischen Dorf herrschen und deswegen seien die Jugendlichen auch auf der Strasse statt in der Schule.

Bei solch ausgekochtem Blödsinn weiß man wahrscheinlich nicht, ob man lachen oder weinen soll. Tatsache ist jedoch, dass diese Debatte auf höchster Ebene und ernsthaft geführt wird. Auf diese Weise wird die französische Mehrheitsgesellschaft aus der Verantwortung genommen und die Ursache für die Riots einfach und bequem wie so oft bei den „Anderen“ gesucht. Es ist zu erwarten dass die extreme Diffamierung der Bewohnerinnen der Banlieues nicht sobald enden wird.

Im Gegenteil. Der Ausruf "Das Integrationsprojekt", die "multikulturelle Gesellschaft" sei gescheitert, kann eher als eine Kampfansage an die Menschen in Frankreich verstanden werden, die keine weiße Hautfarbe und weiße Franzosen als Eltern haben.

Das eine "wie auch immer Gesellschaft" nicht funktioniert, wenn ein Teil dieser Gesellschaft systematisch aus Chancen und Möglichkeiten ausgeklammert wird, und das "Integration", so fragwürdig das Konzept aufgrund seiner weißen Dominanzdefinitionsmacht für uns sein mag, niemals heißen kann und darf, dass alle zu echten Franzosen oder echten "was auch immer" werden, ist selten oder nur in sehr leisen Tönen zu hören. Das was uns lauter anschreit, was sich durchsetzt, ist der Rassismus und eine "Zero-Tolerance-Politik die zum Kotzen ist.